

Selbstverständlich ging nicht alles reibungslos vor sich. Auf den Baustellen zeigten sich, weil Erfahrungen fehlten, einige Schwächen in der Arbeitsorganisation. Diese waren jedoch verhältnismäßig leicht beseitigt, weil die Parteileitung mit dafür gesorgt hatte, daß sich die Belegschaft vor Baubeginn theoretisch mit der Großblockbauweise beschäftigte. Eine Störung im Arbeitsablauf, die der Investträger, der Rat des Bezirks, verursachte, bereitete dagegen viel Schwierigkeiten. So forderte der Rat des Bezirks plötzlich, nachdem die Baustellen bereits für den Bau der geplanten Wohnungseinheiten eingerichtet waren, eine weitaus höhere Kapazität von Wohnungseinheiten. Das erforderte Zeichnungsänderungen sowie Betonfertigteile in größerer Zahl und z. T. in anderen Abmessungen, und deshalb war die gute Vorarbeit der Bauarbeiter hinfällig. Sie waren gezwungen, mit der Einrichtung der Baustellen nochmals von vorn zu beginnen. Die Bauarbeiter waren darüber verärgert, und sie kritisierten die schlechte Planung des Rates des Bezirks, die unserem Staat zusätzliche Kosten verursachte. Die Parteiorganisation des VEB Bau Dresden war gezwungen, sich mit den zu Recht verärgerten Bauarbeitern besonders zu beschäftigen, die keinen Elan mehr verspürten, in der Großblockbauweise weiterzuarbeiten. Es gelang aber sehr bald, die alte Arbeitsfreudigkeit der Bauarbeiter wieder herzustellen.

Aus dieser unerfreulichen Tatsache und ähnlichen Vorgängen in anderen Bezirken sollten die Verantwortlichen in den Abteilungen für Aufbau bei den Räten der Bezirke und Kreise, die Projektanten und die Investitionsträger lernen und sich vor Baubeginn an einen Tisch setzen, um gemeinsam zu beraten. So helfen sie, Verluste zu vermeiden, und außerdem können die Baubetriebe rechtzeitig alle Möglichkeiten schaffen, um mit dem industriellen Bauen zu beginnen.

Versäumnisse beim Ministerium für Aufbau und bei den Räten der Bezirke

Zur schnellen Einführung der Industrialisierung im Bauwesen sollte laut Ministerratsbeschluß vom 21. April 1955 noch im selben Jahre jede Bezirks-Bau-Union ein Beispiel für eine industrialisierte Baustelle organisieren. Verantwortlich dafür sind die Räte der Bezirke und das Ministerium für Aufbau.

Es ist aber eine Tatsache, daß diese wichtige Forderung der Baukonferenz, die Schaffung von Beispielen in jedem Bezirk, buchstäblich auf dem Papier blieb. Nur wenige Bezirke, wie Gera, Magdeburg und Dresden, haben erforderliche Maßnahmen für eine industrialisierte Baustelle eingeleitet.

Bei den Räten dieser Bezirke bestand keine Klarheit darüber, daß die Einrichtung dieser Baustelle eine Wende im gesamten Baugeschehen im Bezirk hervorruft; denn anhand der Erfahrungen dieser Baustelle können auch die örtlichen volkseigenen Baubetriebe (K) mit der Industrialisierung beginnen.

Die Kontrolle des Ministeriums für Aufbau blieb ebenfalls aus, und es gab nur selten an Ort und Stelle in den Bezirken Hinweise, wie die Industrialisierung durchzusetzen ist. So entstanden Versäumnisse. Das darf aber den Parteiorganisationen im Staatsapparat nicht gleichgültig sein. Bisher nehmen die Parteiorganisationen im Ministerium für Aufbau und bei den Räten der Bezirke sehr wenig Einfluß auf die Erfüllung des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955. Hierin zeigt sich eine allgemeine Schwäche der Parteiarbeit im gesamten Staatsapparat. Deshalb ist es notwendig, auf folgende Worte des Zentralkomitees hinzuweisen: „Es ist notwendig, daß eine Parteileitung (im Staatsapparat — d. Red.) ständig darüber wacht, daß in den Mitgliederversammlungen der Partei die Beratungen sich mit den Fragen der Arbeit des Staatsapparates, mit der Organisation der Durchführung der Beschlüsse beschäftigen, daß sie in die Sache selbst tief eindringen.“